



## Beunruhigende Trends in der deutschen Rüstungsexportpolitik

Die GKKE setzt sich in ihrem diesjährigem Rüstungsexportbericht schwerpunktmäßig mit den deutschen Rüstungsexporten nach Indien sowie nach Israel und in den Nahen Osten auseinander. „Wir unterstreichen erneut die besondere Verantwortung Deutschlands für Israels Sicherheit und dessen Recht auf Selbstverteidigung“, sagte Prälat Dr. Karl Jüsten, der katholische Vorsitzende der GKKE. „Wir erkennen dabei nicht die reale Bedrohungslage sowie die besondere deutsche Verantwortung für die Sicherheit Israels. Das vergangene Jahr hat diese Bedrohungssituation mehr als einmal deutlich gemacht.“ Dennoch sei zu betonen, dass auch Israel sich an das humanitäre Völkerrecht halten müsse, so Jüsten.

Die GKKE hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr aufgefordert, keine Rüstungsgüter mehr an Israel zu liefern, die im Gazastreifen eingesetzt werden können. Angesichts der sich weiter verschärfenden humanitären Lage im Gazastreifen hatte die Bundesregierung am 8. August 2025 einen entsprechenden Lieferstopp verhängt. Die GKKE hatte diese Entscheidung begrüßt. Nach dem mittlerweile erreichten Waffenstillstand hat die Bundesregierung ihren Lieferstopp wieder aufgehoben.

Jüsten bezeichnet die Aufhebung als verfrüht, bis eine hinlänglich tragfähige Stabilisierung der Situation in Gaza eintritt und kein eindeutiges Risiko mehr besteht, dass die Rüstungsgüter bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht eingesetzt werden.

Die GKKE spricht sich außerdem erneut entschieden gegen Rüstungsexporte an autokratische Staaten im Nahen Osten wie zum Beispiel Saudi-Arabien aus. „Die Lieferung weiterer Rüstungsgüter an diese Staaten trägt nicht dazu bei, Israels Sicherheit zu erhöhen, im Gegenteil“, so Jüsten.

Die evangelische Vorsitzende der GKKE Prälatin Dr. Anne Gidion wies darauf hin, dass die Bundesregierung seit einigen Jahren eine neue Form der Rüstungsdiplomatie gegenüber Indien verfolgt, deren Ziel es ist, Indien stärker an den Westen zu binden, die Abhängigkeit von russischen Waffenlieferungen zu verringern und Indien als Gegengewicht zu China im Indo-Pazifik zu stärken. Vor dem Hintergrund der umfangreichen inneren und äußeren Konflikte Indiens bewertet die GKKE die Überlegungen der Bundesregierung, Rüstungsexporte nach Indien zu erleichtern, kritisch. Die Hoffnung, Indien durch erleichterte Exporte von Russland zu lösen, erscheint unrealistisch und riskiert eine Aushöhlung internationaler Normen.

„Wir sprechen uns daher entschieden gegen eine Deregulierung der Exportverfahren für Indien aus“, so Prälatin Dr. Anne Gidion. „Der Fall Indien verdeutlicht die Versuchungen, die in den derzeitigen internationalen Entwicklungen liegen. Die Antwort darauf muss eine verstärkte europäische Kooperation sein. Die Bundesregierung sollte sich daher in der EU für eine konsequente Einhaltung

der Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts für Rüstungsexporte und für eine Verbesserung der institutionellen Kontrolle ihrer Einhaltung einsetzen.“

Der Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Dr. Max Mutschler, machte darauf aufmerksam, dass im Koalitionsvertrag von einer „strategisch ausgerichteten Rüstungsexportpolitik“ die Rede ist. Erste Schritte das Exportpotential von Rüstungsgütern als verbindliches Vergabekriterium zu behandeln, seien im Wirtschaftsministerium eingeleitet worden. „Die GKKE wendet sich ausdrücklich gegen diese Priorisierung, insbesondere von wirtschaftspolitischen Interessen, in der Rüstungsexportpolitik“, so Mutschler. „Zwar sind auch sicherheitspolitische Interessen in der Rüstungsexportpolitik zu berücksichtigen. Aber wir fordern die Bundesregierung auf, Entscheidungen über Rüstungsexporte nicht vornehmlich an ihren Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik auszurichten, sondern den Aspekten Menschenrechte, Demokratie und Frieden Priorität einzuräumen“, unterstrich Mutschler.

**Berlin, 17. Dezember 2025**

Der GKKE-Rüstungsexportbericht 2025 steht als Download unter [www.gkke.org](http://www.gkke.org) zur Verfügung.

Für Rückfragen: Dr. Jörg Lüer 030/ 24 34 28 158